

Berichte	Bd. 91, H. 2, 2017, S. 173–189	Leipzig
----------	--------------------------------	---------

Cindy STURM

Energie- und Klimapolitik in der Stadtentwicklung – Analysen städtischer Diskurse in Münster und Dresden

Energy and climate policies within the context of urban development politics – analyses of urban discourses in Münster and Dresden

Summary: Climate change and energy demand are major challenges for cities today, and affect almost all municipal areas of action. There is indeed a clear consensus at the discursive level regarding the need for adaptations and transformations. In practice, however, individual cities implement energy and climate policy targets differently, despite the array of federal regulations, directives and laws in the area of urban development and planning. It is this tension between national targets and policy practice in urban development that is examined in this paper. The cases of Münster and Dresden are explored, and an analysis of their divergent practices is presented. Foucault's reflections on discourse and governmentality serve as the theoretical foundation of the study. The paper is based on the results of quantitative and qualitative analyses of urban development policy discourses. It shows that national targets are being evaluated against very heterogeneous rationales. Moreover, Foucault's concept of governmentality serves to illustrate how urban decision-makers are guided by the meaning of respective values and norms. This paper therefore demonstrates that energy and climate policy goals are not implemented equally. Political decisions are always embedded in different evaluation rationales and knowledge systems about energy and climate, and how the population is to be guided or governed. It is precisely in the local contexts of specific social power relations that political objectives are constantly being renegotiated, interpreted, and implemented in very different ways.

Keywords: urban development, energy policies, climate policies, discourse, governmentality, Foucault – Stadtentwicklung, Energiepolitik, Klimapolitik, Diskurs, Gouvernamentalität, Foucault

1 Einleitung

Im Zuge der Energiewende sind in den vergangenen Jahren energie- und klimapolitische Fragen zu wichtigen Handlungsfeldern der Stadtentwicklungspolitik geworden. Gerade städtischen Räumen wird ein großes Potenzial zugeschrieben, wenn es bspw. darum geht, Primärenergie einzusparen oder die Energieeffizienz zu

erhöhen. Dementsprechend werden zunehmend städtische Leitbilder diskutiert, die die Forderung nach einer energetisch-orientierten und energieeffizienten Stadtentwicklung hervorheben.

Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit städtischer Klima- und Energiepolitik konzentrierte sich bislang einerseits auf naturwissenschaftlich-technische Aspekte, zum anderen auf Fragen der „optimalen“ institutionellen Gestaltung und Akteurszusammensetzung (vgl. u. a. BAASCH ET AL. 2012; BIRK ET AL. 2011; KLEMME & SELLE 2010). Damit wird jedoch häufig der Eindruck vermittelt, politische Inhalte könnten durch das bloße Nachmachen von Best Practice-Beispielen einfach übertragen werden. Ein Blick in die Empirie zeigt jedoch, dass städtische Entscheidungsträger/-innen nationale Energie- und Klimaziele sehr unterschiedlich in Praktiken der Stadtentwicklung und Planung umsetzen – trotz einer Vielzahl von Vorgaben, Richtlinien und Gesetzen der Bundesregierung. Der Beitrag nimmt dieses Spannungsfeld zwischen nationalen Zielen und stadtentwicklungspolitischen Handlungspraktiken am Beispiel von Münster und Dresden in den Blick und geht den Gründen für diese Differenzen nach.

Aus einer diskurs- und gouvernementalitätstheoretischen Perspektive im Anschluss an Foucault argumentiere ich, dass energiepolitische Ziele nicht einfach eins zu eins in städtische Handlungspraktiken umgesetzt werden, sondern politische Entscheidungen eingebettet sind in unterschiedliche Bewertungslogiken und Wissensordnungen um Energie, um Klima, aber auch um die Frage, auf welche Art und Weise die Bevölkerung angeleitet bzw. regiert werden soll. Lokale Entscheidungsträger/-innen positionieren sich innerhalb von Diskurskonstellationen und Regierungstechnologien sehr unterschiedlich, was zu verschiedenen Formen des Umgangs mit energie- und klimapolitischen Zielen in der Stadtentwicklung führt.¹

Im Folgenden skizziere ich zunächst, wie Energie und Klima innerhalb stadtentwicklungspolitischer Dokumente diskursiv zu Handlungsfeldern werden. Dabei wird deutlich, dass Energie- und Klimafragen in verschiedenen Kontexten unterschiedliche Bedeutungen und Relevanz beigemessen werden. Anknüpfend an Foucaults Konzept des Regierens gehe ich im Anschluss daran der Frage nach, wie Entscheidungsträger/-innen und Bürger/-innen regiert werden bzw. selbst regieren.

¹ Der Artikel basiert auf Ergebnissen, die im Rahmen eines DFG-Forschungsprojektes zum Thema „Energiewende und Klimawandel in der Stadtentwicklung“ erarbeitet wurden und ist angelehnt an folgenden Beitrag: STURM, Cindy & Annika MATTISSEK (2018): Energiewende als Herausforderung für die Stadtentwicklungspolitik – eine diskurs- und gouvernementalitätstheoretische Perspektive. In: KÜHNE, Olaf & Florian WEBER (Hrsg.): Bausteine der Energiewende. Wiesbaden, S. 109–128.

2 Konstruktion von Energie und Klima als Handlungsfelder der Stadtentwicklungspolitik

2.1 Energie- und klimapolitische Ziele des nationalen Stadtentwicklungsdiskurses

Um Stadtentwicklungsdiskurse zu untersuchen, verwende ich ein methodisches Set aus quantitativen und qualitativen Verfahren der Korpuslinguistik (vgl. u. a. BRAILICH et al. 2008; DZUDZEK et al. 2009; MATTISSEK 2008) sowie der Aussagen- und Argumentationsanalyse (ANGERMULLER 2014; GLASZE & MATTISSEK 2009). Anhand verschiedener Textkorpora² untersuche ich damit zum einen, wie Bedeutung um Energie und Klima innerhalb von Diskursen um Stadtentwicklung hergestellt wird. Zum anderen arbeite ich die Heterogenität und Konflikthaftigkeit unterschiedlicher Sichtweisen in Münster und Dresden heraus.

Generell werden stadtentwicklungspolitische Ziele und Vorstellungen darüber, was in der Stadtplanung als prioritär und relevant erachtet wird, als Ergebnis diskursiver Aushandlungsprozesse verstanden. Der Begriff Diskurs bezeichnet in diesem Zusammenhang „überindividuelle Muster des Denkens, Sprechens, Sichselbst-Begreifens und Handelns sowie die Prozesse, in denen bestimmte Vorstellungen und Handlungslogiken hergestellt und immer wieder verändert werden“ (GLASZE & MATTISSEK 2009, 12; vgl. auch FOUCAULT 1994). Mit anderen Worten: Diskurse stellen Sinn und Bedeutungen her und erzeugen damit ein Feld des Sagbaren bzw. des Nicht-Sagbaren. Sie strukturieren die soziale Welt, indem sie hervorbringen „was in einer bestimmten Gesellschaft zu einem bestimmten Zeitpunkt möglich, normal und richtig ist“ (DZUDZEK 2013, 21). Mit dieser Sichtweise wird der Blick zugleich dafür geöffnet, auch (Stadt-)Planung als einen zutiefst normativen und kontingenten Prozess zu begreifen, in dem sich gesellschaftliche Machtverhältnisse und Wissensordnungen widerspiegeln.

Die diskursanalytischen Auswertungen nationaler Stadtentwicklungsdokumente zeigen, dass sich der Umfang umweltrelevanter Themen ebenso über die Zeit verändert wie die Art und Weise, wie über Umwelt und Energie gesprochen wird. So sind bspw. zu Beginn der 2000er Jahre Energiebegriffe deutlich präsent, ebenso wie Wörter um „Umwelt“, „ökologisch“ oder „Schadstoffe“ (vgl. Abb. 1).

Problematisiert werden in diesem Zusammenhang v. a. die zunehmenden Belastungen durch Luftschadstoffe und ihre Auswirkungen auf das lokale Klima (BMVBS/BBR 1998, 34). Die Entlastung der lokalen Umwelt wird als „notwendige[r] Baustein eines städtebaulichen Selbstverständnisses“ (BMVBS/BBR 2002, 3) deklariert und spätestens ab Beginn der 2000er Jahre wird explizit ein „schadstoffmindernde[r] Städtebau“ (BMVBS/BBR 2001, 6) gefordert. Zudem nimmt die Dis-

² Für den Zeitraum von 1997–2015 wurden drei Textkorpora erstellt: 1) 215 Dokumente des (ehemaligen) Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Berichte, Handlungsleitfäden und -konzepte sowie Dokumentationen von Kongressen und Wettbewerben der Stadtentwicklung). 2) Münster und 3) Dresden: Beschlussvorlagen der Stadträte mit baulichem und/oder umweltrelevantem Bezug (Münster 1.143 Dokumente; Dresden 656 Dokumente). Darüber hinaus wurden 20 Interviews mit Stadträten und Mitarbeiter/-innen der Verwaltung in Münster und Dresden ebenso wie kommunale Stadtentwicklungskonzepte qualitativ ausgewertet.

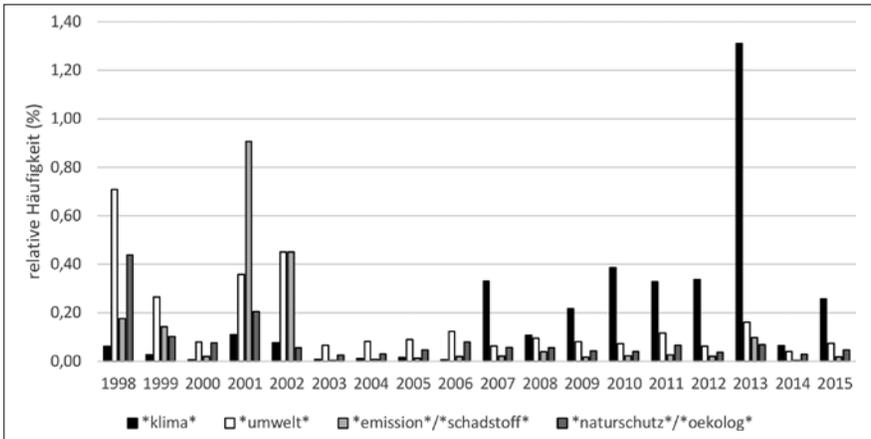


Abb. 1: Häufigkeit und Verteilung unterschiedlicher Wortformen im zeitlichen Verlauf³

Fig. 1: Frequency and distribution of different word forms over time

kussion um das Sparen von Energie bei der technischen Versorgung und Gestaltung von Gebäuden einen wichtigen Stellenwert ein.

Nach einer Phase, in der diese Begriffe kaum eine Rolle spielen, nimmt ab etwa 2008 die Häufigkeit von Energiebegriffen erneut zu. Dabei verändert sich der energiepolitische Fokus in den Debatten und richtet sich nun deutlich stärker auf Fragen der Steigerung der Energieeffizienz und des Ausbaus erneuerbarer Energien (vgl. Abb. 2). Zudem wird der Blick nicht mehr nur auf das einzelne Gebäude gerichtet, sondern auf das gesamte Quartier bzw. die Stadt – „Energieeffiziente Stadtquartiere“ (BMVBS 2011, 105 ff.) und eine „klimawandelgerechte Stadtentwicklung“ (BMVBS 2009, 10) werden als neue Leitbilder diskutiert.

Darüber hinaus verschiebt sich ab etwa 2007 die Art und Weise der sprachlichen Rahmung von Umweltthemen. Nicht mehr „Emissionen“, „Umwelt“ und „Ökologie“, sondern der „Klimawandel“ wird zu einem zentralen Begriff im Kontext der Stadtentwicklung (vgl. Abb. 2). Dabei wird eine deutliche Dramatisierung sichtbar, die mit Verweis auf den vierten IPCC-Bericht (2007) begründet wird und sich in der zunehmenden Verwendung von Adjektiven wie „dringlich“, „akut“ oder „notwendig“ zeigt. So wird z. B. von einem „akuten Handlungsaufrag zur Folgenbewältigung und Vorsorge“ (BMVBS 2007, 7) gesprochen, denn „viele Raumnutzungen und -strukturen [werden] von den Folgen des Klimawandels betroffen

³ Für die Auswertung wurden Begriffe, die einen bestimmten Wortstamm enthalten, zusammengefasst. Das heißt, *energie*, *klima* usw. stehen hier für alle Wörter, die den jeweiligen Wortstamm enthalten; die Sternchen symbolisieren mögliche Zeichen vor bzw. hinter dem Wortstamm. Die Anzahl der jeweiligen Wortstamm-Gruppe wurde für das jeweilige Jahr in Relation zur Zahl der Wörter des Gesamtkorpus gesetzt.

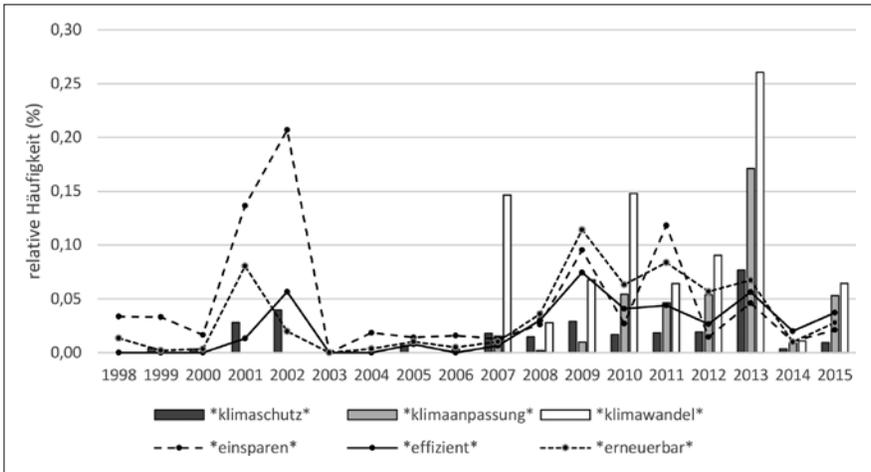


Abb. 2: Differenzierung von Wortformen im nationalen Stadtentwicklungsdiskurs im zeitlichen Verlauf

Fig. 2: Differentiation of word forms within the national urban development discourse over time

sein“ (ebd.). Insgesamt werden Energie- und Klimafragen häufig eng miteinander verbunden diskutiert.

Die kurzen Einblicke in Analysen nationaler Stadtentwicklungsdokumente zeigen, dass Energieaspekte thematisch in den nationalen Stadtentwicklungsdiskursen präsent sind. Während um die Jahrtausendwende Energiefragen v. a. im Kontext des ökologischen Bauens adressiert werden, erfolgt ab 2007 eine Verschiebung der diskursiven Rahmung in zweierlei Hinsicht: Zum einen stehen nicht mehr die lokalen Umweltbelange im Vordergrund, sondern der globale Klimawandel. Zum andern wird der Fokus von der Energieoptimierung von Gebäuden auf die grundsätzliche Gestaltung von energieeffizienten und klimawandelgerechten städtischen Räumen gerichtet.

2.2 Nationale Ziele im Kontext kommunaler Herausforderungen – die Fallbeispiele Münster und Dresden

Am Beispiel von Münster und Dresden wird deutlich, dass nationale energie- und klimapolitische Strategien sehr unterschiedlich in konkrete Handlungspraktiken der Stadtentwicklung und -planung umgesetzt werden. So zeigen z. B. Frequenzanalysen, dass Energiebegriffe in Münster deutlich häufiger auftreten als in Dresden (vgl. Abb. 3). In Dresden dominieren stattdessen Begriffe um „Umwelt“.

Diese Ergebnisse spiegeln sich auch in den Sichtweisen städtischer Akteur/-innen wider. Demnach gehören Energie- und Klimafragen nicht zu den zentralen Themen der Stadtentwicklungspolitik Dresdens und sind in den vergangenen Jahren „einfach immer wieder hinuntergefallen“ (ehem. Stadträtin Die Linke Dresden, 16.12.2016). Dagegen gelten Energie und Klima in Münster als etablierte Themen und haben einen hohen Stellenwert in politischen und gesellschaftlichen Debatten.

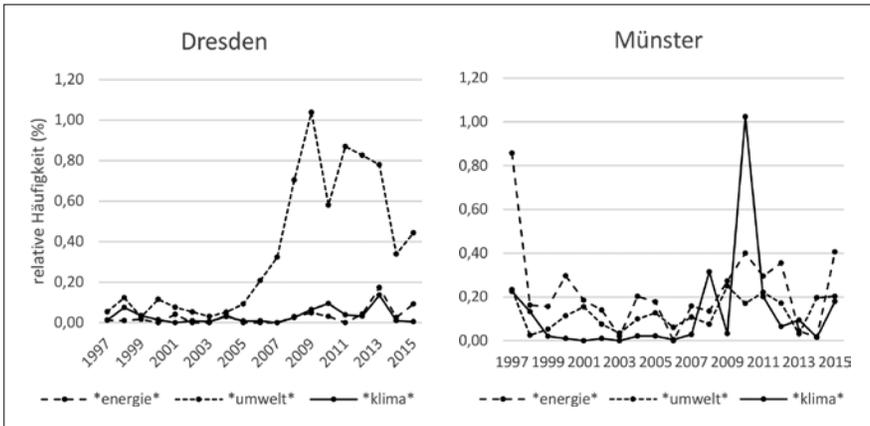


Abb. 3: Vergleich der Häufigkeiten von Wortformen zu Energie-, Klima- und Umweltbegriffen im zeitlichen Verlauf

Fig. 3: Comparison of frequencies of word forms on energy, climate and environment terms over time

Im Folgenden zeige ich (basierend auf den qualitativen Analysen) exemplarisch, welche unterschiedliche Sichtweisen und Argumentationen um Energie und Klima diskutiert werden und welche daran anknüpfenden Strategien als sinnvoll erachtet werden. Dabei wird u. a. deutlich, dass neben der Frage, welche Relevanz Energie und Klima im Kontext der Stadtentwicklung beigemessen wird, auch die Wahrnehmung der Handlungsspielräume städtischer Akteur/-innen (vgl. 2.2.1) eine Rolle dafür spielt, wie sich städtische Entscheidungsträger/-innen in Diskurskonstellationen und zwischen Regierungstechnologien positionieren, ebenso wie die Zuschreibungen, die in den Städten dominieren (vgl. 2.2.2) oder die historischen Entwicklungspfade, in die Städte eingebettet sind (vgl. 2.2.3). Wengleich es dabei nicht „die“ Dresdner oder „die“ Münsteraner Sichtweise gibt, sondern diese heterogen und konfliktuell sind, richtet sich der Fokus in diesem Beitrag v. a. auf die großen, hegemonialen Erzählungen beider Städte.

2.2.1 Politische Handlungsspielräume – „Wer wenn nicht wir“ versus „Wir sollten es nicht übertreiben“

Kommunen können einen Beitrag zur Energiewende bzw. zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung leisten – dem stimmen in beiden Städten die Befragten grundsätzlich zu. Die Wahrnehmungen der tatsächlichen Handlungsmöglichkeiten unterscheiden sich jedoch grundlegend.

In Dresden werden von den Entscheidungsträger/-innen v. a. die Grenzen der eigenen Handlungsmöglichkeiten betont. Dabei führen die Interviewpartner/-innen drei Aspekte an, die diesen beschränkten Einfluss begründen: Erstens wird in den Interviews die Umsetzung energie- und klimapolitischer Maßnahmen immer wieder in den Kontext der „finanzielle[n] Machbarkeit“ (Stadtrat CDU Dresden,

19.10.16) gestellt. Dabei wird das „ökonomische[n] Kalkül“ (ehem. Stadträtin Die Linke Dresden, 16.12.16) als handlungsleitend interpretiert, welches die Umsetzung energie- und klimapolitischer Maßnahmen einschränkt.

Zweitens beschreiben die Interviewpartner/-innen die Stadtgesellschaft in Bezug auf Energiewende oder Klimawandel als wenig interessiert. So dominiere in der Bevölkerung die Auffassung: „Wir retten doch hier in Dresden nicht die Welt“ (Leiter Umweltamt Dresden, 1.12.16). Diese Wahrnehmung der Haltung der Bevölkerung unterstützt die Sichtweise einiger politischer Akteur/-innen, zwar „das [zu] tun, was wir können, aber wir sollten’s auch nicht übertreiben und den Bürger an gewissen Stellen [...] gängeln, wo’s letzten Endes nix bringt“ (Stadtrat CDU Dresden, 19.10.16). Die geringe Priorität v.a. klimapolitischer Fragen wird auch mit Hilfe des dritten Aspektes erklärt: „Klimaschutz“ wird generell als „schwer greifbar“ (Leiterin Klimaschutzstab Dresden, 13.1.2017), „zu global“ (ehem. Stadträtin Die Linke Dresden, 16.12.16) und als „was Aufgesetztes“ (Leiter Umweltamt Dresden, 1.12.16) beschrieben. So wird Klimaschutz zwar allgemein als relevant erachtet, aber es wird ohne „unmittelbaren Bezug zum aktuellen Leben der Bürger“ (ebd.) und damit auch als nicht unmittelbar relevant für die Stadt Dresden erachtet. Stattdessen erscheint mit Blick auf konkrete Gestaltungsmöglichkeiten der Stadt „eigentlich das Thema Umweltschutz ehrlicher“ (ehem. Stadträtin Die Linke Dresden, 16.12.16). Dies erklärt auch den stärkeren diskursiven Bezug in Stadtratsdebatten auf Umwelt denn auf Klima (vgl. Abb. 3).

Auch in Münster wird auf Aussagen verwiesen, die den Effekt kommunalen Handelns infrage stellen. So argumentiert die CDU in Münster (Stadtrat CDU Münster, 3.11.16), es gibt „auch solche Stimmen [...], die sagen, was ändert sich am Weltklima, wenn wir jetzt auch noch mal noch ‚ne Schippe drauflegen? Fällt ja im Prinzip nicht auf.“ Auch die Herausforderungen einer wachsenden Stadt und die damit verbundene Nachfrage nach preiswertem Wohnraum werden zunehmend als Druck auf die kommunalen energie- und klimapolitischen Handlungsspielräume wahrgenommen. Und obwohl Münster aus der Perspektive Dresdens eher wirtschaftlich stark erscheint, lässt das „deutliche Defizit“ (Stadtrat SPD Münster, 10.11.16) im Haushalt ökonomische Schwierigkeiten erkennen, die auch in Münster Diskussionen hervorbringen, ob Klimaschutzmaßnahmen als freiwillige Leistungen überhaupt noch möglich sind. Doch trotzdem wird immer wieder die Notwendigkeit kommunalen Handelns betont – zum einen mit Verweis auf die zentrale Rolle der Städte für die Umsetzung nationaler Energie- und Klimaziele (Stadtrat SPD Münster, 10.11.16); zum anderen wird aufgrund der im Vergleich zu anderen Städten doch noch guten wirtschaftlichen Situation eine klare Verantwortung in Münster gesehen: „Wenn nicht ‚ne Stadt wie Münster oder wenn nicht die Kommunen, die noch einigermaßen wirtschaftlich dastehen, [sich] im Wachstumsprozess befinden, [...] wenn wir nicht vorangehen und sagen, komm, das packen wir an, wer soll’s dann tun? Und die kleinen Schritte sind immer besser als Rückschritt oder gar keine“ (Stadtrat CDU Münster, 3.11.17).

Darüber hinaus wird die Politik Münsters auch durch ein scheinbar großes Engagement der Bevölkerung getragen. Ihr wird ein „erheblich über dem Durchschnitt liegende[s] Interesse und Engagement [...] für Klimaschutz, für Umwelt-

schutz, für Energiepolitik, überhaupt für kommunale Politik“ (Stadtrat Bündnis 90/Die Grünen Münster, 8.11.16) attestiert. Die Mehrzahl der Interviewpartner/-innen erzählt zudem von einer Gesellschaft, die „von sich aus“ daran interessiert ist und aktiv wird, „ohne dass es eines direkten Anstoßes vonseiten der Stadt und der Stadtverwaltung bedürfte“ (ebd.).

Es lässt sich festhalten, dass in beiden Städten (auch) Gründe gegen eine Prioritätensetzung im Bereich Energie- und Klimapolitik angeführt werden. In Dresden führt dies in der Tendenz zu Warnungen vor zu ambitionierten Zielen der Bundesregierung und zu Hinweisen auf die potenzielle Gefahr der Überforderung der Gesellschaft (Landeshauptstadt Dresden 2013, 19). In Münster wird dagegen die relative wirtschaftliche Stärke als Verpflichtung interpretiert, die nationalen Strategien lokal umzusetzen. An diese Befunde anschließend soll im Folgenden die Frage beantwortet werden, inwieweit umweltrelevante Politiken in Dresden und Münster Teil der städtischen Selbstdarstellungen sind.

2.2.2 *Städtische Selbstdarstellungen – „Klimahauptstadt Münster“ und „Grünes Dresden“*

In den Geschichten und Narrativen städtischer Konzepte, Websites oder Imagefilme, in denen sich Dresden nach außen präsentiert, werden v. a. drei zentrale Vorstellungen von der Stadt sichtbar: Dresden als „Kunst- und Kulturstadt“, deren „unverwechselbare[n] Eigenarten“ bewahrt werden sollen (Landeshauptstadt Dresden 2002, S. 7); Dresden als „führender Wirtschaftsstandort[e] in Deutschland“, als „Exzellenzstadt“ und „Spitzenstandort“ (Landeshauptstadt Dresden 2008, 2011, 2017c) und Dresden als grüne Stadt (Landeshauptstadt Dresden 2017a), deren zahlreiche Grün- und Freiflächen zur „hohe[n] Qualität der weichen Standortfaktoren“ beitragen (Landeshauptstadt Dresden 2002, 61). Auch hier findet sich der bereits oben identifizierte Nexus von Umweltthemen und wirtschaftlichen Interessen in Dresden wieder: Der Schutz der Umwelt und die Bewahrung des Landschaftsbildes werden explizit als Ziele ausgewiesen (Landeshauptstadt Dresden 2017b) und gleichzeitig mit ihrer Funktion als Standortfaktoren verknüpft. Daraus erklärt sich auch, warum v. a. der Fokus der Umweltpolitik in Dresden im Stadtentwicklungskonzept der Stadt verankert ist und der – nicht unmittelbar an wirtschaftliche Interessen oder das Stadtimage gebundene – Klimaschutz erst ab 2013 zum Thema von Stadtentwicklung wird (Landeshauptstadt Dresden 2013).

Auch Münster möchte als Wirtschaftsstandort verstanden werden. Gleichwohl wird hier v. a. das Bild der grünen Stadt, der „mehrfach ausgezeichnete[n] Klimahauptstadt“ (Stadt Münster 2017) und v. a. der Fahrradstadt in den Vordergrund gerückt. Es wird die „Vorreiterstellung“ Münsters als „eine der aktivsten Klimaschutzstädte Deutschlands“ betont, in der Klimaschutz „eine lange Tradition“ (Stadt Münster 2009, 3) hat.

Im Vergleich der beiden Städte zeigt sich, dass Energie und Klima in den jeweiligen Selbstbeschreibungen sehr unterschiedliche Rollen einnehmen: In Münster wird die Auseinandersetzung mit Energie- und Klimafragen als „Tradition“ verstanden. Energie- und Klimapolitik sind zentrale Aspekte der Außendarstellungen der Stadt. In den Dresdner Debatten um Stadtentwicklung liegt der Fokus aufgrund

der starken Betonung wirtschaftlicher Aspekte v. a. auf dem lokalen Umweltschutz. Energie- und Klimafragen nehmen dagegen einen untergeordneten Stellenwert ein.

2.2.3 Historische Entwicklungspfade – „engagierte“ versus „katastrophale Umweltpolitik“

In den Begründungen der Sichtweisen verweisen die Interviewpartner/-innen häufig auf historische Entwicklungspfade der Städte: In Dresden wird eine mögliche Ursache für die stärkere Bedeutung des Umweltschutzes in der katastrophalen Umweltpolitik der DDR gesehen. Die Bewältigung der daraus resultierenden Umweltkrisen und der Schutz der Umwelt vor Ort standen demnach an erster Stelle. Dadurch waren die politischen Akteur/-innen, so ein Argument, „noch nicht so weit [...], um dann den nächsten Schritt zu gehen und über den größeren Maßstab und Klimaschutz und Energiepolitik nachzudenken“ (Landtagsabgeordneter SPD Sachsen, 18.10.16). Dieser Fokus auf lokale Umweltschutzmaßnahmen wird dabei aber nicht nur Dresden zugesprochen, sondern gilt vielmehr allgemein als „ostdeutsche Sichtweise“ (ebd.) und lässt eine grundsätzliche Differenzierung zwischen ost- und westdeutschen Städten erkennen.

Münster wurde in den 1970er und 1980er Jahren dagegen stark beeinflusst durch die Entstehung unterschiedlicher sozialer Bewegungen, wie die Anti-AKW- und/oder die Öko-Bewegung. Das heute wahrgenommene gesellschaftliche Interesse an Energie- und Klimapolitik wird u. a. mit den Erfahrungen des Reaktorunglücks von Tschernobyl erklärt. Zahlreiche in dieser Zeit entstandene Energiewendegruppen schufen den Boden für eine breite gesellschaftliche Unterstützung der folgenden kommunalen Energie- und Klimapolitik und stärkten zudem die Bedeutung gesellschaftlichen Engagements: „Wir müssen auch selbst was machen“ (Klenko Münster⁴, 11.1.17) galt als Credo dieser Zeit und wird nach wie vor als selbstverständlich wahrgenommen. Bereits in den 1990er Jahren wurde die Koordinierungsstelle für Energie und Klima gegründet und der Beirat für Klimaschutz hat mit der Erarbeitung des ersten Klimaschutzkonzeptes im Auftrag der Stadt Münster eine entsprechende Handlungsgrundlage geschaffen (ebd.).

Damit wird sichtbar, dass nationale Ziele und Strategien vor dem Hintergrund sehr unterschiedlicher Rationalitäten bewertet werden. Dies spiegelt sich auch darin wider, wie sich städtische Entscheidungsträger/-innen gegenüber Regierungstechnologien positionieren.

3 Die Regierung der Energie- und Klimapolitik

Innerhalb der Diskurse um Stadtentwicklung adressiert die Bundesregierung explizit städtische Entscheidungsträger/-innen, um die nationalen Ziele in lokale Handlungspraktiken der Stadtentwicklung umzusetzen – was die Frage aufwirft, wie städtische Akteur/-innen in ihrem Verhalten dabei im Sinne nationaler Ziele gelenkt und gesteuert werden.

⁴ Klenko = Koordinierungsstelle für Energie und Klima Münster

An dieser Stelle kommt der Begriff des Regierens nach Foucault ins Spiel, der eng mit der oben skizzierten diskurstheoretischen Perspektive verwandt ist, aber den Blick stärker auf unterschiedliche Formen der Machtausübung richtet und danach fragt, mit welchen Regierungstechnologien städtische Entscheidungsträger/-innen geführt werden bzw. sich führen lassen und wie diese von ihnen auf die Stadtbevölkerung angewandt werden. Regieren meint hier, anders als der Alltags Sprachgebrauch, unterschiedliche Mechanismen des Führens von Menschen, nämlich „die Gesamtheit der Institutionen und Praktiken, mittels deren man die Menschen lenkt, von der Verwaltung bis zur Erziehung“ (FOUCAULT 2005, 115). Dabei können Regierungstechnologien als spezifische Verknüpfung unterschiedlicher Formen der Machtausübung verstanden werden. Insbesondere unterscheidet Foucault zwischen Fremd- und Selbststeuerung. Während erstere Formen der Verhaltenssteuerung bezeichnen, die Individuen „von außen“ lenken und oft wenige Handlungsspielräume lassen (z. B. Gesetze), entstehen Formen der Selbststeuerung dadurch, dass Individuen diskursiv konstituierte Notwendigkeiten verinnerlichen und diese auch ohne Zwang zu Leitlinien des eigenen Handelns machen (FOUCAULT 1993; LEMKE 2007).

Im Zuge seiner Analysen neoliberaler Gesellschaften beschreibt Foucault, wie der Staat „über seine traditionelle[n] Funktionen hinaus neue Aufgaben“ (LEMKE 2008, 55) übernimmt. Das heißt, der Staat agiert nicht nur direkt durch seine Apparate, sondern entwickelt auch gouvernementale, also „indirekte Techniken zur Führung und Leitung von Individuen“ (LEMKE 2008, 55). Diese unterschiedlichen Formen der Regierung werden auch im Kontext der nationalen Energie- und Klimapolitik sichtbar, wo Formen der Fremdsteuerung und unterschiedliche gouvernementale Technologien zusammenwirken. Im Folgenden geht es dementsprechend darum herauszuarbeiten, welche Technologien zur Regierung städtischer Entscheidungsträger/-innen und Bürger/-innen im Sinne der jeweiligen Logiken bzw. Rationalitäten in den Stadtentwicklungsdiskursen als „sinnvoll“ und „richtig“ erachtet werden und wie sich dies in den unterschiedlichen Kontexten unterscheidet.

3.1. Das Regieren städtischer Entscheidungsträger/-innen und Bürger/-innen im nationalen Stadtentwicklungsdiskurs

Als Formen der Fremdsteuerung können z. B. Gesetze und Verordnungen verstanden werden, für die v. a. die gesetzgebenden Instanzen der europäischen und nationalen Ebenen (EU-Parlament, Bundestag) wichtig sind. Diese schaffen für städtische Akteur/-innen und Bürger/-innen den gesetzlichen Rahmen, der energie- und klimapolitische Mindeststandards definiert (z. B. europäische Energieeffizienz-Richtlinie, 2012/27/EU). Die Bundesregierung hat zudem eine Reihe von Gesetzen verabschiedet, die z. B. das Sanieren und Bauen von Gebäuden und den Vorrang erneuerbarer Energien regeln (u. a. Wärmeschutzverordnung, EEG 2000, Kraft-Wärmekopplungsgesetz 2000). Diese Technologien bieten nur wenige Handlungsspielräume. Ab 2009 etwa wird im nationalen stadtentwicklungspolitischen Diskurs stärker auf gouvernementale Technologien Bezug genommen, die auf die Verinnerlichung von Normen und Werten abzielen. Sie bedürfen keines formal gesetzgebenden Rahmens und können daher sowohl auf unterschiedlichen

politischen Entscheidungsebenen als auch von zivilgesellschaftlichen Akteur/-innen formuliert werden. Im Wesentlichen lassen sich bei diesen Technologien drei Gruppen unterscheiden:

- 1) Strategiepapiere, Konzepte und Handlungsleitfäden, die energie- und klimapolitische Themen auf die Agenda setzen, eine normative Rahmung und Ziele der nationalen Stadtentwicklungspolitik formulieren und so als Orientierung für „richtiges“ Handeln in der Stadtentwicklungspolitik und Planung dienen.
- 2) Die Bundesregierung hat zudem unterschiedliche finanzielle Anreize geschaffen, die durch den Gewinn von Preisen und Auszeichnungen einen möglichen Imagegewinn in Aussicht stellen. Hier spielt v. a. die Teilnahme an Modellprojekten, Wettbewerben und Zertifizierungsverfahren eine wichtige Rolle. Auch diese Technologien präsentieren „richtige“ Handlungsmaßnahmen im Sinne der nationalen Ziele. Darüber hinaus hat die Bedeutung finanzieller Förderungen zugenommen. Dabei verknüpfen Instrumente wie die Städtebauförderung finanzielle Zuschüsse mit konkreten Forderungen wie z. B. dem Vorhandensein eines kommunalen Energie- und Klimaschutzkonzeptes.
- 3) Einen dritten Bereich stellt die Schaffung neuer Rollen und Positionen wie z. B. die der Energieberater/-innen oder der Klima- und Ressourcenmanager/-innen dar. Deren Aufgabe ist es, Bürger/-innen ebenso wie städtische Entscheidungsträger/-innen im Hinblick auf eine postfossile Gesellschaft zu beraten und die Umsetzung entsprechender Maßnahmen in den Städten zu koordinieren und zu steuern.

Die Zunahme von gouvernementalen Technologien spiegelt gleichzeitig die Debatten um die Rolle des Staates allgemein und bei der Transformation der Energie- und Klimapolitik im Speziellen wider. Denn aufgrund „neue[r] Aufgaben und ein[em] ständig wachsende[n] Problemdruck, insbesondere in den Städten“, wurde ein „Wechsel in der staatlichen Aufgabenerfüllung in Deutschland“ (BMVBS 2004, 8) für notwendig erachtet. Demzufolge soll der Staat in erster Linie als aktivierender und kooperativer Staat verstanden werden. Das heißt, neben seinem hoheitlichen Handeln wird v. a. der „Steuerung durch Kooperation [...] zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Investoren und moderner Verwaltung“ eine neue Bedeutung beigemessen (ebd.). Damit ist eine zunehmende Verschiebung von Verantwortlichkeiten vom Staat zur Gesellschaft erkennbar, bei der einerseits Akteur/-innen der Wirtschaft „wieder verstärkt für die Belange der Gesamtstadt“ (ebd.) sensibilisiert werden sollen. Andererseits wird auch Bürger/-innen „eine aktive Rolle in der Kommune“ (BMVBS 2013, 41) zugesprochen, um die gesellschaftlichen Herausforderungen zu bewältigen. Zudem werden städtische Entscheidungsträger/-innen aufgefordert, nicht nur gesetzliche Vorgaben umzusetzen, sondern darüber hinaus aktiv »ihre« Zivilgesellschaft zu entsprechend »richtigem« Handeln anzuleiten (BMVBS 2010, 8).

3.2 Das Regiertwerden und Regieren kommunaler Entscheidungsträger/-innen
Städtische Akteur/-innen werden aber nicht nur durch europäische und nationale Steuerungstechnologien in ihrem Verhalten angeleitet, sie steuern auch selbst das Verhalten von Bürger/-innen und Unternehmen in vielfältiger Art und Weise. Mit

Blick auf die Bewertung gouvernementaler Technologien zeigt sich im Folgenden, dass sich Entscheidungsträger/-innen in Münster und Dresden sehr verschieden gegenüber Regierungstechnologien positionieren und damit auch unterschiedliche Handlungspraktiken der Stadtentwicklungspolitik entstehen: In beiden Städten werden finanzielle Anreize prinzipiell als sinnvoll bewertet, sollen aber auf keinen Fall zu einer „Dauerförderung“ werden. Doch während es in Dresden solche Instrumente auf der städtischen Ebene nicht gibt, nutzt die Stadt Münster diese Art der Steuerung und hat mit der finanziellen Förderung energiegerechter Sanierung von Altbauten ein eigenes kommunales Anreizinstrument geschaffen.

In Bezug auf Anreize durch Wettbewerbe und Zertifizierungsverfahren positionieren sich die Entscheidungsträger/-innen in Münster und Dresden sehr verschieden: Die Stadt Dresden nimmt an der deutschlandweiten Kampagne des Stadtradelns teil, ebenso an der europäischen Mobilitätswoche. Eigene kommunale Kampagnen oder energie- und klimapolitische Förderprogramme, die darüber hinaus explizit auf Handlungspraktiken der Bürger/-innen abzielen, gibt es nicht. In den Interviews werden Meinungen sichtbar, die eine öffentlichkeitswirksamere Energie- und Klimapolitik und Wettbewerbe insofern als „sinnvolle“ Technologien bewerten, als „dass sie eben zu[m] Querdenken animieren und Mitarbeiter und Kolleginnen [...] fordern, dort eben konzeptionell zu arbeiten, was sie so [...] neben der Arbeit nicht tun würden“ (ehem. Stadträtin Die Linke Dresden, 16.12.16). Dennoch dominiert insgesamt gegenüber Wettbewerben und Zertifizierungsverfahren, die städtische Akteur/-innen adressieren, eine deutlich zurückhaltende Einstellung, die sich sowohl auf den Prozess als auch auf die Effekte der Teilnahme beziehen. Die Möglichkeiten einer erfolgreichen Teilnahme werden als begrenzt bewertet, weil bislang keine Projekte entstanden sind, die überhaupt als erfolgversprechend wahrgenommen werden. Zudem wird betont, dass damit „ein unglaublich hoher, zusätzlicher Arbeitsaufwand verbunden [ist], der in dieser Weise eben nur ganz, ganz schwer leistbar ist“ (ebd.). Neben den fehlenden zeitlichen Ressourcen wird v. a. der geringe politische Wille problematisiert, der jedoch als grundlegend erachtet wird, um Wettbewerbe und Zertifizierungsverfahren sinnvoll für den Stadtentwicklungsprozess nutzen zu können (ebd.). Diese fehlende Unterstützung folgt der deutlichen Skepsis, derartige Technologien könnten tatsächlich städtische Akteur/-innen motivieren (Stadtrat CDU Dresden, 19.10.2016).

Diese grundsätzliche Zurückhaltung im Umgang mit gouvernementalen Steuerungsformen wird auch an dieser Stelle mit Verweis auf die DDR-Geschichte und eine dort verwurzelte Skepsis gegenüber staatlichen Instrumenten begründet: „Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass nicht wenige Menschen in Ostdeutschland, in Dresden, kein sehr großes Vertrauen in die demokratischen Strukturen haben und auch kein sehr großes Vertrauen in die Politik insgesamt“ (Landtagsabgeordneter SPD Sachsen, 18.10.2016.). Deshalb, so das Argument, haben „möglicherweise viele bei so, ich sag mal jetzt bewusst ‚Staatskampagnen‘, noch so unguete Verknüpfungen [...] zu der alten DDR-Zeit“ (ebd.). Die DDR steht dabei für eine Zeit, in der gesellschaftliches Engagement weitestgehend unerwünscht war. Soziologische Studien (KLOSE & SCHMITZ 2016; REHBERG 2010, 2016) zeigen, dass sich der zunehmende Kontrollverlust des DDR-Regimes und die gleichzeitig steigende

innere Überwachung der Bevölkerung negativ auf die Wahrnehmung staatlicher Institutionen ausgewirkt haben (REHBERG 2016, 32). Die daraus resultierende Distanzierung gegenüber dem Staat wurde nach der politischen Wende teilweise auch auf das parlamentarische System Deutschlands projiziert, ebenso wie auf andere, nicht-staatliche Formen der Steuerung und Einflussnahme (ebd.). Dabei wird deutlich, dass die historischen Entwicklungspfade nicht nur relevant sind für die Frage, welche Bedeutung Energie und Klima haben, sondern auch dafür, welche Formen des Regierens als „angemessen“ erachtet werden.

Anstatt also im Sinne einer gouvernementalen Logik die Verantwortung stärker auf die Bevölkerung zu übertragen, verfolgen Akteur/-innen in Dresden eine andere Strategie, um Energie- und Klimapolitik in die städtischen Strukturen zu implementieren. Wie bereits dargestellt, gelten Energie- und Klimafragen in der Dresdner Politik nicht als prioritär, weshalb die Umsetzung von Maßnahmen oft wenig Unterstützung fand. Deshalb haben zentrale Akteur/-innen, z. B. im Umweltamt, ihre jeweiligen Handlungsräume als deutlich beschränkt wahrgenommen. Vor diesem Hintergrund wurden energie- und umweltpolitische Maßnahmen oft „einfach gemacht“ (Leiter Umweltamt Dresden, 1.12.16), aber „nie groß an die Glocke“ (ebd.) gehängt. So spielt Energie- und Klimapolitik in der Außendarstellung Dresdens zwar keine Rolle, auch wurden keine kommunalen Steuerungsinstrumente geschaffen, um Bürger/-innen in ihrem Verhalten entsprechend der nationalen energie- und klimapolitischen Normen zu steuern, doch ist eine große Selbstverständlichkeit bei einzelnen Entscheidungsträger/-innen beobachtbar, „still die Arbeit zu machen“ (ebd.) und entsprechende Maßnahmen einfach umzusetzen: „Ich sage, wir machen Dienst an der Gemeinschaft. [...] machen das für die Stadt. [...] das muss ich nicht groß hier überall rumjubeln, wie toll wir da sind. [...] es muss selbstverständlich sein, dass man das tut“ (ebd.).

Vor diesem Hintergrund dominieren in Dresden Steuerungstechnologien, die hauptsächlich auf die Gestaltung der technischen Systemebene fokussieren. So gilt v. a. das kommunale Fernwärmenetz als besonders wertvoll. Indem zukünftig vermehrt erneuerbare Energien eingespeist werden, könnte es auf diese Weise „begrünt“ werden, so Herr Korndörfer, Leiter des Umweltamtes in Dresden (1.12.2016). Best Practice-Beispiele oder Kampagnen werden dagegen aufgrund ihrer geringen Wirkungskraft abgelehnt. Stattdessen betont Korndörfer, dass es aus seiner Sicht wichtig wäre, die Rahmenbedingungen gesamtgesellschaftlich zu ändern, um größere Projekte auf den Weg zu bringen und damit tatsächliche Fortschritte zu erreichen. Die Wirkung der höheren Dämmstandards ebenso wie die Effekte der kommunalen Kampagnen in Münster schätzt er dagegen als zu gering ein.

Im Gegensatz zu Dresden spiegelt sich in Münster sehr deutlich das oben für die nationale Ebene skizzierte Verständnis eines kooperativen und aktivierenden Staates wider, denn im Mittelpunkt der kommunalen Energie- und Klimapolitik steht das Ziel, die Bürger/-innen zu beteiligen und mitzunehmen. Das „Sich-führen-lassen“ städtischer Akteur/-innen lässt sich in Münster v. a. daran erkennen, dass die Stadt aktiv an unterschiedlichen Wettbewerben teilnimmt, wie z. B. dem Wettbewerb zur Klimahauptstadt Deutschlands oder dem Zertifizierungsverfahren European Energy Award. Die Teilnahme an Wettbewerben wird als hilfreicher An-

stoß für die städtische Verwaltung ebenso wie für die Politik bewertet, sich mit Energie- und Klimaschutz zu befassen. Preise werden dann als Zeichen der Bestätigung des eigenen Weges interpretiert (Stadtrat CDU, Münster, 3.11.16). Dennoch gibt es auch kritische Stimmen in Münster, die argumentieren, die Stadt beteilige sich zu viel; von der Zivilgesellschaft würde sie „teilweise eher belächelt“ (Stadtrat SPD Münster, 10.11.16). Interessanterweise entscheiden jedoch die Akteur/-innen in Münster nicht immer selbst über die Teilnahme an Wettbewerben, sondern werden auch maßgeblich durch die Bundesregierung beeinflusst. Diese fordert Städte wie Münster explizit auf, sich an Programmen und Wettbewerben zu beteiligen. Das heißt, Wettbewerbe und Zertifizierungen sind zwar gouvernementale Technologien, anhand derer städtischen Entscheidungsträger/-innen der „richtige“ Weg gezeigt werden soll. Doch besteht teilweise eine deutliche Erwartungshaltung der Bundesregierung, dass die Städte an Wettbewerben etc. teilnehmen, denn die „guten“ Beispiele sollen zugleich auch den „Erfolg“ des Weges der nationalen Energie- und Klimapolitik belegen.

Darüber hinaus initiiert die Stadt Münster aber auch eine Reihe von Anreizen, die sich auf Praktiken der Stadtbevölkerung richten. Dazu gehören z. B. kommunale Kampagnen, wie „Münster packt's. Der Bürgerpakt für Klimaschutz“, „40+20=2020“ oder „Münsters Energiewende. Klimagerecht bauen & sanieren“. Die Rolle der Stadt als „Motor“ begreifend, werden damit nationale energie- und klimapolitische Werte an Unternehmen und Bürger/-innen vermittelt mit dem Ziel, ihnen einen Anreiz zu bieten, um „mitzumachen und sich einzubringen“ (Stadtrat Bündnis 90/Die Grünen Münster, 8.11.16).

4 Fazit

Der Beitrag zeigt am Beispiel von Münster und Dresden, dass städtische Entscheidungsträger/-innen Energie- und Klimafragen sehr verschieden bewerten. Diskurs- und gouvernementalitätstheoretische Ansätze können dabei helfen, diese Unterschiede zu erklären: So zeigt die diskurstheoretische Perspektive, welche unterschiedlichen Sichtweisen um Energie und Klima im Kontext der Stadtentwicklung entstehen. Die Gouvernementalitätstheorie richtet daran anknüpfend den Blick darauf, mit welchen Regierungstechnologien städtische Entscheidungsträger/-innen geführt werden bzw. sich führen lassen und wie diese von ihnen auf die Stadtbevölkerung angewandt werden.

Inhaltlich zeigt der Beitrag, dass in Dresden aufgrund der Zuschreibungen als Kultur- und Wirtschaftsstandort stärker lokale Umweltthemen im Mittelpunkt stehen. Dagegen dominiert in Münster das Bild als Fahrrad- und Klimahauptstadt, das sehr viel anschlussfähiger in Bezug auf die nationalen und globalen Themen der Energie- und Klimapolitik ist. Zudem wird deutlich, dass in Münster ein großes Selbstverständnis in Bezug auf gesellschaftliches Engagement besteht, während in Dresden die Verantwortung für die Sicherstellung einer intakten Umwelt in erster Linie bei der Verwaltung verortet wird. Wichtige Begründungsmuster sind hier Referenzen auf die historischen Entwicklungspfade – in Münster sind v. a. die Erfahrungen der Umweltbewegungen der 1980er Jahre bedeutsam, in Dresden die der DDR-Geschichte.

Solche Verweise werden auch bei der Begründung der Steuerungsformen herangezogen. Konkret wird in Dresden auf die Skepsis gegenüber Steuerungsformen „von oben“ verwiesen, weshalb die Entscheidungsträger/-innen eher hinter den Kulissen agieren und den Fokus auf die Gestaltung technischer Systeme richten. In Münster dagegen stehen die Aktivierung der Bevölkerung, die Förderung von Eigenverantwortung ebenso wie die imagerelevante Teilnahme an Wettbewerben klar im Zentrum der Stadtentwicklungspolitik.

Insgesamt wird sichtbar, dass nationale Ziele auf äußerst komplexe, lokal spezifische Kontexte treffen, in denen Bewertungen und Denkweisen nicht nur an unterschiedliche Sichtweisen zu Energie und Klima anknüpfen, sondern ebenso eingebettet sind in historische Entwicklungspfade; in die Art und Weise, wie eigene kommunale Handlungsräume wahrgenommen werden; in Erzählungen und Problematisierungen, die in der Stadt dominieren. Wenngleich es dabei nicht „den“ lokal spezifischen Diskurs gibt, sondern lokale Legitimationen und Argumentationen Teil komplexer Kommunikationsprozesse sind, die über Stadt- und Landesgrenzen hinausgehen, wird dabei dennoch deutlich, dass Stadtentwicklungspolitik Ausdruck kontextspezifischer Machtverhältnisse ist, in denen sich städtische Akteur/-innen innerhalb der jeweiligen Diskurskonstellationen und gegenüber Regierungstechnologien verschieden positionieren und daraus unterschiedliche, kontextspezifische Handlungspraktiken der Stadtentwicklung und -planung resultieren.

Literatur

- ANGERMULLER, J. 2014: Hochschulpolitische Positionierungen der Parteien im hegemonialen Wandel. Die Subjektpositionenanalyse im Makro-Meso-Mikro-Forschungsdesign. In: ANGERMULLER, J., M. NONHOFF, E. HERSCHINGER, F. MACGILCHRIST, M. REISIGL, J. WEDL, D. WRANA & A. ZIEM (Hrsg.): Diskursforschung. Ein Interdisziplinäres Handbuch. Band 2. Bielefeld, S. 113–139.
- BAASCH, S., S. BAURIEDL, S. HAFNER & S. WEIDLICH 2012: Klimaanpassung auf regionaler Ebene: Herausforderungen einer regionalen Klimawandel-Governance. In: Raumforschung und Raumordnung 70, 3, S. 191–201.
- BIRK, S., S. LEY, D. GRUNOW, A. KEIVANDARIAN & J. LIESENFELD 2011: Governance der Klimaanpassung in der dynaklim-Region. URL: http://www.dynaklim.de/dynaklim2pub/dms/templating-kit/themes/dynaklim/documents/3310_dynaklim-Publikationen/2011/dynaklim_Publikation-Nr-20_Governance-in-der-Klimaanpassung_neu/Nr.%2020%20Dezember%202011%20Governance%20in%20der%20Klimaanpassung%20-%20Strukturen%2C%20Prozesse%2C%20Interaktionen.pdf (letzter Zugriff 02.12.2017).
- BMVBS (Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung) 2004: Nachhaltige Stadtentwicklung – Ein Gemeinschaftswerk. Städtebaulicher Bericht der Bundesregierung.
- BMVBS (BUNDESMINISTERIUM FÜR VERKEHR, BAU UND STADTENTWICKLUNG) 2007: Raumentwicklungsstrategien zum Klimawandel. Dokumentation der Fachtagung am 30. Oktober 2007 im Umweltforum Berlin.
- BMVBS (BUNDESMINISTERIUM FÜR VERKEHR, BAU UND STADTENTWICKLUNG) 2009: Stadtentwicklungsbericht 2008. Neue urbane Lebens- und Handlungsräume (= Stadtentwicklungspolitik in Deutschland, 1).

- BMVBS (BUNDESMINISTERIUM FÜR VERKEHR, BAU UND STADTENTWICKLUNG) 2010: Stadt-Klima. Kommunale Strategien und Potenziale zum Klimawandel. Expertisen (= Ex-WoSt-Informationen 39/1).
- BMVBS (BUNDESMINISTERIUM FÜR VERKEHR, BAU UND STADTENTWICKLUNG) 2011: Handlungsleitfaden zur Energetischen Stadterneuerung.
- BMVBS (BUNDESMINISTERIUM FÜR VERKEHR, BAU UND STADTENTWICKLUNG) 2013: Kommunikationsinstrumente im Anpassungsprozess an den Klimawandel. Erfahrungen aus Beteiligungsprozessen in den StadtKlima-ExWoSt-Modellprojekten. In: BMVBS-Online-Publikation 28/2013.
- BMVBS/BBR (BUNDESMINISTERIUM FÜR VERKEHR, BAU UND STADTENTWICKLUNG/BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG) 1998: Gute Beispiele aus dem Experimentellen Wohnungs- und Städtebau (= Werkstatt: Praxis 4/1998).
- BMVBS/BBR (BUNDESMINISTERIUM FÜR VERKEHR, BAU UND STADTENTWICKLUNG/BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG) 2001: Schadstoffminderung im Städtebau (= Werkstatt: Praxis 1/2001).
- BMVBS/BBR (BUNDESMINISTERIUM FÜR VERKEHR, BAU UND STADTENTWICKLUNG/BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG) 2002: Schadstoffminderung im Städtebau: Handlungsrahmen und Planungshilfen (= Werkstatt: Praxis 1/2002).
- BRÄILICH, A., M. GERMES, H. SCHIRMEL, G. GLASZE & R. PÜTZ 2008: Die diskursive Konstitution von Großwohnsiedlungen in Deutschland, Frankreich und Polen. In: Europa Regional 16.2008, 3, S. 113–128.
- DZUDZEK, I. 2013: Hegemonie kultureller Vielfalt. Eine Genealogie kultur-räumlicher Repräsentationen der UNESCO. Forum Politische Geographie, 5.
- DZUDZEK, I., G. GLASZE, A. MATTISSEK & H. SCHIRMEL 2009: Verfahren der lexikometrischen Analyse von Textkorpora. In G. GLASZE & A. MATTISSEK (Hrsg.): Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung. Bielefeld, S. 233–260.
- FOUCAULT, M. 1993: About the Beginning of the Hermeneutics of the Self. In: Political Theory 21, 2, S. 198–227.
- FOUCAULT, M. 1994: Archäologie des Wissens. Frankfurt am Main.
- FOUCAULT, M. 2005: Analytik der Macht. Frankfurt am Main.
- GLASZE, G. & A. MATTISSEK (Hrsg.) 2009: Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung. Bielefeld.
- IPCC 2007: Climate Change 2007: Synthesis Report. Contribution of Working Groups I, II and III to the Fourth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change [Core Writing Team, Pachauri, R.K & A. Reisinger (Eds.)]. Geneva.
- KLEMMER, M. & K. SELLE 2010: Gutes Klima? Klimawandel und lokale Klimapolitik aus der Governance-Perspektive. Ein Dialog in Aachen. Ergebnisse eines Workshops im Rahmen des Projektes City 2020+. Aachen (= PT_Materialien, 25). URL: http://www.pt.rwth-aachen.de/index.php?option=com_content&view=article&id=135&Itemid=93 (letzter Zugriff 02.12.2017).
- KLOSE, J. & W. SCHMITZ (Hrsg.) 2016: Freiheit, Angst und Provokation. Zum gesellschaftlichen Zusammenhalt in der postdiktatorischen Gesellschaft. Dresden.
- Landeshauptstadt Dresden 2002: Teil II. Integriertes Stadtentwicklungskonzept (INSEK) – Kurzfassung.
- Landeshauptstadt Dresden 2008: Lebendige Geschichte – Urbane Stadtlandschaft. Dresden – Planungsleitbild Innenstadt 2008.

- Landeshauptstadt Dresden 2011: Konzept zur Öffentlichkeitsarbeit in der Stadt-Umland-Region Dresden. Zusammenfassung 14.04.2011.
- Landeshauptstadt Dresden 2013: Integriertes Energie- und Klimaschutzkonzept.
- Landeshauptstadt Dresden 2017a: Dresden. Stadtraum. Grünes Dresden.
- Landeshauptstadt Dresden 2017b: Dresden. Stadtraum. Umwelt.
- Landeshauptstadt Dresden 2017c: Dresden. Wirtschaft. Wirtschaftsstandort.
- LEMKE, T. 2007: An indigestible meal? Foucault, governmentality and state theory. In: *Distinktion: Scandinavian Journal of Social Theory* 8, 2, S. 43–64.
- LEMKE, T. 2008: *Gouvernementalität und Biopolitik*. Wiesbaden.
- MATTISSEK, A. 2008: *Die neoliberale Stadt. Diskursive Repräsentationen im Stadtmarketing deutscher Großstädte*. Bielefeld.
- REHBERG, K.-S. 2010: Die DDR-Gesellschaft als multiple Projektionsfläche. Handlungsleitende Bedingungen in der „Konsensdiktatur“ und ihre Folgen. In: *Wie schmeckte die DDR? Wege zu einer Kultur des Erinnerns*. Leipzig, S. 250–267.
- REHBERG, K.-S. 2016: Dresden-Szenen. Eine einleitende Situationsbeschreibung. In *PEGIDA. Rechtspopulismus zwischen Fremdenangst und „Wende“-Enttäuschung? Analysen im Überblick*. Bielefeld, S. 15–52.
- Stadt Münster 2009: Klimaschutzkonzept 2020.
- Stadt Münster 2017: Pressemitteilungen. Klimahauptstadt Münster lädt zur Klimakonferenz.